

CDU-Präsidium:

Stabilitätskurs beibehalten

Die Bundesregierung soll ihren Kurs der finanzpolitischen Solidität und der wirtschaftspolitischen Vernunft fortsetzen, damit der wirtschaftliche Aufschwung sich fortsetzt und weiterhin die Grundlage einer verlässlichen Sozialpolitik gegeben ist. Dies war die einhellige Meinung des CDU-Präsidiums, das am Montag, 4. November 1985 in Bonn zusammentrat. Das Führungsgremium der Partei befaßte sich mit dem Gemeinschaftsgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, den Prognosen der EG-Kommission für die weitere wirtschaftliche Entwicklung und den Ergebnissen einer Umfrage in den deutschen Unternehmen.

Das CDU-Präsidium stellt fest:

- wirtschaftliches Wachstum ist in Gang gebracht,
- (Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE LESEN SIE

● BESCHÄFTIGUNG

Auf dem Arbeitsmarkt sind deutliche Aufschwungstendenzen zu spüren. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, sieht den Arbeitsmarkt im Schlepptau einer günstigen Wirtschaftsentwicklung. (Seite 7)

● SENIORENUNION

In zwei Jahren werde es neben den schon bestehenden Parteivereinigungen voraussichtlich auch eine Seniorenunion in der CDU geben. Diese Ansicht vertrat der neue Seniorenbeauftragte, MdB Gerhard Braun, vor der Bonner Presse. (Seite 13)

● CDU EXTRA

Aus Anlaß des 30jährigen Bestehens der Bundeswehr hat die Bundesgeschäftsstelle eine Zeitung unter dem Titel „Danke, Soldaten“ herausgegeben. (Seite 14)

● DOKUMENTATION

„Nicaragua-Report“ bestätigt: Sandinisten unterdrücken Freiheit und Menschenrechte. (grüner Teil)

EMNID: Absolute Mehrheit für die Koalition

Wenn am letzten Sonntag Bundestagswahl gewesen wäre, würden die Regierungsparteien zusammen 52 Prozent der Stimmen gewonnen haben. Dies hat eine Umfrage des Emnid-Instituts ergeben. Für die CDU/CSU wurde ein Wähler-

anteil von 45 Prozent, für die FDP von sieben Prozent ermittelt. Nach diesen Umfrageergebnissen hätten die Sozialdemokraten gegenwärtig einen Stimmenanteil von 41 Prozent. Sechs Prozent der Bundesbürger würden die Grünen wählen. Im

Vergleich zu einer Mitte Oktober von Emnid durchgeführten Umfrage verbuchen die CDU/CSU und die SPD einen Zugewinn von jeweils einem Prozent, die FDP einen Verlust um zwei Prozent und die Grünen ein Minus um ein Prozent.

Brandt weicht klaren Antworten aus

Eingehend hat sich das CDU-Präsidium unter Leitung von Helmut Kohl am Montag, 4.11.1985 mit den jüngsten Äußerungen führender Politiker der SPD und der Grünen befaßt. Es wurde festgestellt, daß der SPD-Vorsitzende Willy Brandt eine Zusammenarbeit seiner Partei mit den Grünen nicht verbindlich ausgeschlossen hat. Die Äußerungen Brandts seien eher ein Ausweichen als eine klare Antwort gewesen. Bundeskanzler Kohl: Offenbar sind die Sozialdemokraten insgesamt zu einem Zusammengehen mit den Grünen bereit. Im übrigen sei es nach den Erfahrungen mit Aussagen des hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner kaum glaubhaft, wenn auf angeblich eindeutige Absagen des mutmaßlichen SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau an die Adresse der Grünen Bezug genommen wird.

Das CDU-Präsidium forderte die Sozialdemokraten auf, gegenüber der deutschen Bevölkerung und auch gegenüber der traditionellen SPD-Wählerschaft die Frage zu beantworten, ob sich die Sozialdemokraten zu Handlangern einer Politik machen wollen, die eine Absage an die moderne Industriegesellschaft und damit Verlust von Arbeitsplätzen bedeutet, die die Prinzipien des demokratischen Rechtsstaats gefährdet und die ein Ausscheiden der Bundesrepublik Deutschland aus dem Bündnis der freien Völker des Westens anstrebt.

Fortsetzung von Seite 1

■ stabile Preise bedeuten mehr Kaufkraft für alle und sind zugleich die beste Sozialpolitik für Arbeitnehmer, Familien und Rentner,

■ die Zinsen sind gesunken,

■ mehr Investitionen, zunehmender Export und wachsende Binnennachfrage bedeuten Hunderttausende neuer Arbeitsplätze und haben bereits einen drastischen Rückgang der Zahl der Kurzarbeiter (seit 1983 mehr als eine Million) bewirkt.

Das CDU-Präsidium dankt der von Bundeskanzler Helmut Kohl geführten Bundesregierung für die tatkräftige und erfolgreiche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik und fordert Kabinett und Bundestagsfraktion auf, weiterhin alles zu tun, um Preisstabilität zu sichern und den positiven Trend zu mehr Arbeitsplätzen und mehr Beschäftigung zu verstärken.

Im Weltraum Spitze sein

Bundesforschungsminister Riesenhuber hat für die beginnende kommerzielle Nutzung des Weltraums zur Erforschung und Herstellung neuer Materialien und Produkte einen deutschen Führungsanspruch zumindest in Europa angemeldet. Wenige Stunden vor dem Start des ersten Raumfahrtunternehmens unter deutscher Federführung sagte Riesenhuber in Bonn, diese D1-Mission sei nur der erste Schritt im Rahmen einer gewaltigen nationalen Anstrengung, die der Bundesrepublik im Wettlauf der Nationen zur friedlichen Eroberung des Alls einen ersten Platz sichern solle. Bei den Informationstechnologien hätten wir beinahe den Anschluß verpaßt, im Weltraum wollen wir von Anfang an Spitze sein. Der Minister kündigte an, dem Kabinett in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres ein Weltraumprogramm 2000 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Vorschläge der Amerikaner sind mit uns abgestimmt worden

Die amerikanische Regierung hat am 1. November 1985 im Zuge der Vorbereitungen des Gipfeltreffens zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow neue wichtige Vorschläge in die Genfer Abrüstungsgepräche eingeführt, die alle drei Verhandlungsbereiche strategische Waffen, Mittelstreckenwaffen sowie Defensiv- und Weltraumwaffen umfassen. Präsident Reagan hat Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Schreiben vom 31. Oktober persönlich unterrichtet.

Mit diesem Vorschlag ist einem wesentlichen Anliegen der Bundesregierung und der Verbündeten durch die amerikanische Administration Rechnung getragen worden. Der Bundeskanzler und der Bundesminister des Auswärtigen haben sich wiederholt, zuletzt während der Gespräche mit Präsident Reagan in New York am 24./25. Oktober 1985, dafür eingesetzt, zu einem frühen Zeitpunkt mit neuen und konkreten Vorschlägen auf die sowjetischen Vorschläge zu antworten. Die Konsultationen und die Abstimmung im Bündnis haben sich damit im Vorfeld der wichtigen Gipfelbegegnung erneut bewährt und die Geschlossenheit des Bündnisses bewiesen.

Die neuen amerikanischen Vorschläge unterstreichen den Ernst und die Entschlossenheit der USA und nicht zuletzt das persönliche Engagement des amerikanischen Präsidenten, den Gipfel und die Genfer Verhandlungen zum Erfolg zu führen und für das West-Ost-Verhältnis eine bessere und tragfähige Grundlage zu schaffen.

Die Bundesregierung stellt mit Genugtuung fest, daß mit dem Vorliegen von Vorschlägen beider Großmächte auf dem Genfer Verhandlungstisch jetzt die Tür für wirkliche Verhandlungen geöffnet ist, die zu ausgewogenen und überprüfbaren Rüstungskontrollvereinbarungen mit der Sowjetunion führen sollen. Vordringliches Ziel dieser Verhandlungen bleibt die drastische Reduzierung der nuklearen Offensivpotentiale. Unser besonderes Interesse gilt weiterhin den nuklearen Mittelstreckenwaffen. Nachdem nunmehr auch die Sowjetunion ein gesondertes Abkommen über diese Waffenkategorie befürwortet, hofft die Bundesregierung, daß eine solche Vereinbarung unter Berücksichtigung der europäischen Sicherheitsinteressen auf der Grundlage der neuen amerikanischen Vorschläge ausgehandelt werden kann. ■

Mietanstieg auf neuem Tiefstand

Der Mietanstieg in der Bundesrepublik hat im Oktober dieses Jahres bei den freifinanzierten Wohnungen mit 1,8 % einen bislang nicht verzeichneten Tiefstand erreicht. Dies hat Bundesbauminister Oscar Schneider in Bonn mitgeteilt. Höher als bei den freifinanzierten Wohnungen liegt nach wie vor der Mietanstieg im sozialen Wohnungsbau. Er lag im Oktober noch bei 2,7 %. Auch hier, so Minister Schneider, sei aber jetzt ein starker Rückgang spürbar. Noch zu Jahresbeginn habe der Anstieg in diesem Bereich bei 5 % gelegen. Bei den vor 1948 gebauten Altbauwohnungen verringerte sich der Mietanstieg im gleichen Zeitraum von 4,0 auf 3,3 % im Oktober.

Spitzengespräch beim Kanzler

Bundeskanzler Helmut Kohl hat am Mittwoch, dem 30. Oktober 1985, mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag) einen ausführlichen Gedankenaustausch geführt. Gegenstand der dreistündigen Diskussion waren u.a. Probleme der Kommunalfinanzen, Fragen der kommunalen Investitionen, insbesondere Städtebauförderungsmaßnahmen, die Situation der Sozialhilfe, Aufgaben im Umweltschutz, das neue Baugesetzbuch sowie die Verstärkung der Entwicklungshilfe durch kommunale Initiativen.

Der Bundeskanzler bekräftigte erneut seine Garantie, daß bei der Gewerbesteuer in dieser Legislaturperiode weitere Eingriffe nicht zur Diskussion stehen und auch später nur ein Konzept für die Neuordnung des Gemeindefinanzsystems in Betracht kommt, dem die Betroffenen, und das sind auch die Gemeinde, und Gemeindeverbände, zustimmen können. Gemessen an den Haushalten von Bund und Ländern hätten die Kommunen insgesamt die günstigste Finanzlage. Die Vertreter der Kommunen bestätigten, daß sich die Finanzlage der Gemeinden insgesamt positiv entwickelt habe. Sie wiesen jedoch darauf hin, daß die finanzielle Situation einzelner Städte, Kreise und Gemeinden in strukturschwachen Räumen oder in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit sehr unterschiedlich sei.

Begrüßt wurde von den kommunalen Spitzenverbänden die für 1986 und 1987

gegenüber dem laufenden Jahr beabsichtigte Verdreifachung der Bundesmittel für die Städtebauförderung; so sollen die Gemeinden für 1986 und 1987 insgesamt 2 Mrd. DM Bundes- und 1,3 Mrd. DM Landesmittel erhalten.

Zum neuen Baurecht hob der Bundeskanzler hervor, daß hier im besonderen die Vereinfachungsforderungen der kommunalen Spitzenverbände berücksichtigt würden. Noch in diesem Jahr werde die Bundesregierung den Entwurf eines Baugesetzbuches beschließen und die parlamentarische Behandlung einleiten. Sie verbindet dies mit der Erwartung, daß der Gesetzentwurf noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird.

Ausgiebig wurde die Situation der Sozialhilfe einschließlich der Kosten für Asylbewerber diskutiert. Der Bundeskanzler machte dabei deutlich, daß die Bundesregierung bei dem Prinzip bleibe, daß Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz Lohnersatzleistungen sind. Das schließt im Grundsatz Leistungen an Gruppen, die noch nicht erwerbstätig waren, ebenso aus wie eine Leistungsberechtigung, die sich am Bedarf orientiert. Zu dem Hinweis der kommunalen Spitzenorganisationen auf die hohen Kosten im Bereich Hilfe zur Pflege bei stationärer Unterbringung wies der Bundeskanzler auf eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen hin, die von der Bundesregierung zum Teil bereits verwirklicht sind, zum Beispiel im Wohnungswesen, zum Teil von den zuständigen Ressorts noch geprüft würden, u.a. steuerrechtliche Maßnahmen, Unterstützung der häuslichen Pflege durch die gesetzliche Krankenversicherung.

Beim Umweltschutz wurden insbesondere Fragen der Altlastensanierung und des Abwasserrechts besprochen.

Postgebühren bleiben auch 1986 stabil

Nach 1983, 1984 und 1985 werden auch 1986 die Gebühren für Briefe, Päckchen und Pakete stabil bleiben. Diese für alle Postkunden erfreuliche Nachricht erläuterte Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling vor Journalisten in Bonn: Mit dem Einfrieren der Postgebühren seit meiner Amtsübernahme im Oktober 1982 leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Stabilitätspolitik der Bundesregierung und für den allgemeinen konjunkturellen Aufschwung.

Dies werde auch dadurch deutlich, so Schwarz-Schilling, daß etwa 83 Prozent der Verkehrsmenge auf die gewerbliche Wirtschaft und die Verwaltung entfallen. Nur mit konsequenter Sparpolitik bei voller Erhaltung der Dienstleistungsgüte sei es gelungen, eine derart stabilitätsorientierte Gebührenpolitik zu betreiben. Dies sei aber auch auf den vorbildlichen Einsatz des Personals und vernünftige Lohnabschlüsse mit den Gewerkschaften zurückzuführen.

Nach dem guten Jahresergebnis 1984, das sich, wie die Zahlen des ersten Halbjahres zeigen, auch 1985 fortsetzt, sei es ihm schon heute möglich, Gebührenstabilität auch noch für ein weiteres Jahr zu garantieren. Die Entscheidung sei auch deshalb so früh gefällt worden, um allen Kunden, insbesondere den geschäftlichen Versendern, für 1986 bereits jetzt sichere Planungsgrundlagen zu geben.

Des weiteren wies Schwarz-Schilling auf die in den letzten Jahren erzielten Erfolge im Postwesen hin. Während 1981 die Kostenunterdeckung noch fast 4 Milliarden DM betragen habe, sei diese im Jahre 1984 auf 1,7 Milliarden gesenkt worden.

Der Briefdienst habe erstmals seit 1969 im Jahr 1984 wieder eine Kostenüberdeckung erwirtschaftet. Gleichzeitig wies der Minister darauf hin, daß Kostensteigerungen in den nächsten Jahren nicht ausbleiben werden. Durch die im Jahre 1986 zu erwartenden Lohn- und Gehaltssteigerungen werden die Kosten beim personalintensiven Postwesen wieder ansteigen. Ein Prozent Gehaltserhöhung schlägt in diesem Bereich auf der Kostenseite mit etwa 100 Millionen DM Mehrausgaben zu Buche, sagte Schwarz-Schilling.

Auch zu Gebührenfragen im Bereich des Fernmeldewesens nahm Schwarz-Schilling Stellung. Schon in den letzten zwei Jahren habe die Post die Fernsprechgebühren insbesondere im internationalen Verkehr erheblich gesenkt. Im nächsten Jahr, so Schwarz-Schilling, werde nicht an Gebührenerhöhungen, sondern eher an weitere Vergünstigungen gedacht.

Zur Absicht von Bundespostminister Schwarz-Schilling, die Postgebühren auch im Jahre 1986 weiter stabil zu halten, erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Post- und Fernmeldewesen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Gerhard O. Pfeffermann**: Diese stabilitätspolitische Leistung der Deutschen Bundespost ist um so höher zu bewerten, als von der vorangegangenen SPD-geführten Bundesregierung die Postgebühren bereits in den ersten drei Jahren (1.9.1971 und 1.7.1972) zweimal erhöht wurden, und zwar z. B. beim Standardbrief um 33⅓%, bei Postkarten um 50% und bei Paketen um 83⅓%. Ebenso wurden seinerzeit u. a. auch die Telefongebühren um 44% und die Gesprächsgebühren um 16⅔% erhöht.

Privatschulen können auch weiterhin mit Unterstützung der Union rechnen

Am 19. September 1985 kamen der Vorstand des Bundesverbandes Deutscher Privatschulen e.V. und der Bundesfachausschuß Kulturpolitik der CDU zu einem Meinungsaustausch in Bonn zusammen. Die Gesprächspartner stimmten darin überein, daß es auch in Zeiten knapper Kassen und zurückgehender Schülerzahlen den Privatschulen möglich gemacht werden müsse, ihr eigenständiges pädagogisches Profil zu erhalten und auszubauen. Es könne der Qualität öffentlicher Schulen nur zugute kommen, wenn sie im Wettbewerb mit attraktiven Schulen in privater und freier Trägerschaft stehen. Der Bundesverband Deutscher Privatschulen sprach sich dafür aus, Vertreter dieser Schulen stärker als bisher bei der Entwicklung neuer Unterrichtsinhalte zu beteiligen.

Der stellvertretende Vorsitzende des Bundesfachausschusses und Parlamentarische Staatssekretär Anton Pfeifer, MdB, betonte unter anderem:

Die Privatschulfreiheit als ordnungspolitische Konzeption entspricht den fundamentalen Vorstellungen der Union. Privatschulfreiheit ist:

- Ausdruck einer pluralistisch verfaßten Gesellschaft;
- Konkretisierung des elterlichen Erziehungsrechts;
- Absage an ein staatliches Schulmonopol;
- praktiziertes Subsidiaritätsprinzip;
- Chance für eigenständige pädagogische Entwicklung;
- Chance zum Wettbewerb innerhalb des gesamten Schulwesens.

Daraus ergibt sich für die Union, daß der Rückgang der Schülerzahlen nicht dazu führen darf, daß der Bestand des staatlichen Schulwesens auf Kosten der Privatschulen gesichert wird; die Errichtung neuer Privatschulen muß weiterhin möglich bleiben.

Auch bei einer Verschlechterung der öffentlichen Haushaltslage müssen die finanziellen staatlichen Leistungen an die Privatschulen so bemessen sein, daß diese ihren Bestand sichern, die unabwiesbaren Personal- und Sachkosten für einen geordneten Schulbetrieb aufbringen und ihre besondere pädagogische Arbeit fortsetzen können. Eine Sondierung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern müsse ausgeschlossen bleiben.

Optimismus gewachsen

Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung werden die Bundesbürger nach einer Analyse der Wickert-Institute Tübingen immer optimistischer. So ergab eine kürzlich durchgeführte Umfrage unter 3 880 Wahlberechtigten, daß 59 Prozent der Ansicht seien, daß es mit der Wirtschaft bis zum Jahresende aufwärts gehe (daß dies bis Ende 1986 der Fall sein werde, meinten sogar 63 Prozent). 29 Prozent glaubten, es bleibe alles wie gewöhnlich und nur zwölf Prozent rechneten mit einer Verschlechterung. Damit gab es beim Optimismus einen seit Gründung der Wickert-Institute im Jahr 1951 noch nicht dagewesenen Zuwachs von 16 Prozent innerhalb von zwölf Monaten. Vor einem Jahr meinten nur 43 Prozent, daß es bis Jahresende aufwärts gehe, während 40 mit unveränderter Lage und 17 Prozent mit Verschlechterung rechneten.

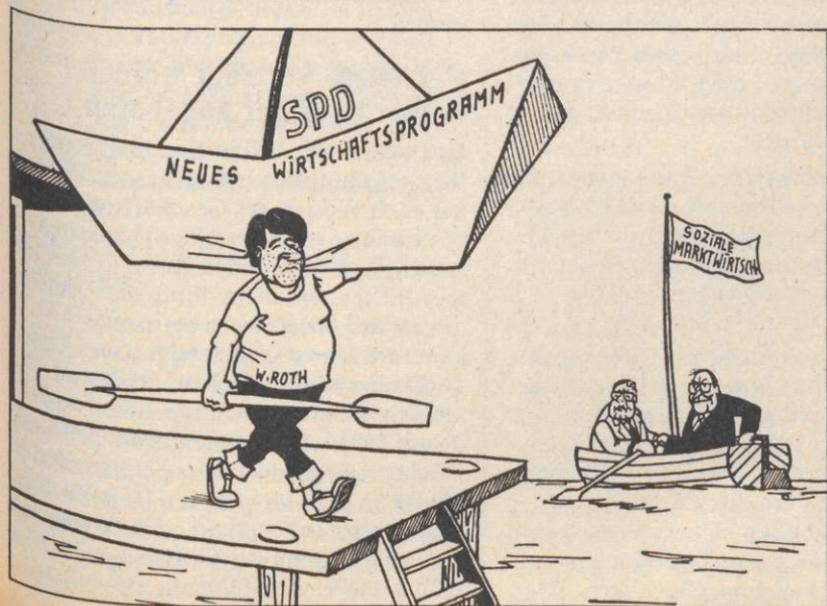
Positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Die jüngsten Arbeitslosenzahlen für den Oktober 1985 bestätigen die erfolgreiche Politik der Bundesregierung, die sich jetzt auch zunehmend positiv auf dem Arbeitsmarkt auswirkt. Zum ersten Mal seit 1957 ist die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1985 im Vergleich zum Vormonat zurückgegangen. Sie beträgt jetzt 2 148 800. Damit hat sich auch die Arbeitslosenquote von 8,7 auf 8,6 Prozent verringert.

In den vergangenen Jahren hat sich aus saisonalen Gründen die Zahl der Arbeitslosen im Oktober immer erhöht. In diesem Jahr überlagert jedoch die positive konjunkturelle Entwicklung die negative saisonale Entwicklung. Auch die Zahl der Kurzarbeiter ist kräftig zurückgegangen. Sie liegt um 173 700 oder 58 Prozent unter

dem Stand des Vorjahres. Im Oktober meldeten Betriebe und Verwaltungen den Arbeitsämtern 133 500 neue offene Stellen. Das waren 13 300 oder 11 Prozent mehr als im Oktober 1984. Gleichzeitig vermittelten die Arbeitsämter 163 700 neue Beschäftigungsverhältnisse. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren sank im Oktober um 14 800 oder acht Prozent gegenüber dem Vormonat auf 159 400. Die Zahl der Arbeitslosen, die 59 Jahre oder älter sind, verringert sich im Oktober um zwei Prozent auf 101 800, damit wurde der Vorjahresstand ebenfalls um zwei Prozent unterschritten.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Franke kommentierte die Oktoberzahlen: Die anhaltende konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in der Gesamtwirtschaft war auch im Oktober auf dem Arbeitsmarkt spürbar.



„Die Sozials lassen mal wieder was vom Stapel!“

Zeichnung:
Kolfhaus
(aus:
Bayernkurier)

Vorteile für Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Angesichts der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt müssen alle Beschäftigungsmöglichkeiten genutzt werden. Die Teilzeitarbeit ist eine solche Möglichkeit. Sie kommt den Wünschen vieler Arbeitnehmer entgegen und entspricht wegen ihrer hohen Flexibilität den betrieblichen Belangen, erklärt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt, anlässlich der Vorstellung eines im Auftrag des Ministeriums erstellten Forschungsberichts.

Nach Meinungsumfragen streben 20 bis 25 Prozent der Vollzeitbeschäftigten eine Teilzeitarbeit an. Das ist ein langfristiger Trend, der verstärkt auch in anderen europäischen Ländern zu beobachten ist. Darüber hinaus suchen von den 2,1 Millionen im September gemeldeten Arbeitslosen rund 234 000 eine Teilzeitbeschäftigung. Würde man diesen Wünschen entsprechen, könnte der Arbeitsmarkt spürbar entlastet werden.

Die Studie Teilzeitarbeit kommt zu dem Ergebnis, daß Teilzeitarbeit viel häufiger interessengerecht und praktikabel ist, als gemeinhin angenommen wird. Sie ist nach dem Urteil mancher Fachleute grundsätzlich überall einführbar.

Der Forschungsbericht will Unkenntnis und Unsicherheit über die Möglichkeiten der Teilzeitarbeit abbauen und über die Vorteile dieser Form der Arbeitszeitverteilung informieren. Denn eine unbegründete Furcht vor erhöhten Kosten oder Vermögenseinbußen haben insbesondere Arbeitgeber von einer Umstellung der alten Arbeitszeitregelung abgehalten. Da-

bei kann die Teilzeitarbeit sowohl den Wunsch nach kürzerer Arbeitszeit als auch nach größerer Wirtschaftlichkeit erfüllen.

Diese Ergebnisse des Berichtes beruhen nicht nur auf wissenschaftlicher Forschung, sondern auch auf zahlreichen Gesprächen mit Personalleitern und Arbeitnehmern sowie auf bisher unveröffentlichten Firmenstudien.

In den sieben Kapiteln des Handbuchs werden sämtliche Aspekte der Teilzeitarbeit jeweils aus Sicht der Arbeitnehmer und Arbeitgeber beleuchtet. Neben der Darstellung der verschiedenen Formen der Teilzeitarbeit werden zahlreiche praktische Beispiele und Hinweise zur Gestaltung von Arbeitsverträgen und Betriebsvereinbarungen gegeben und organisatorische Lösungen vorgeschlagen. Ein besonderes Kapitel ist den Kosten der Teilzeitarbeit gewidmet.

Der Forschungsbericht kann gegen einen Unkostenbeitrag in Höhe von 12 Mark bei dem Presse- und Informationsreferat des Bundesarbeitsministeriums angefordert werden.

Befristete Verträge werden immer häufiger angeboten

Das am 1. Mai 1985 in Kraft getretene Beschäftigungsförderungsgesetz (BFG) hat nach Worten des Geschäftsführers der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Köln, Ernst-Günther Mager, vor allem durch die Erleichterung des Abschlusses befristeter Arbeitsverträge zu greifen begonnen. Erste Umfragen hätten ergeben, daß gerade kleine und mittlere Unternehmen von dieser Möglichkeit zunehmend Gebrauch machten, während größere Unternehmen häufig an der ablehnenden Haltung der Betriebsräte scheiterten, erklärte Mager auf einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Personalführung, Düsseldorf.

Deutsche Arbeitsmarktpolitik auf dem richtigen Weg

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung sieht die deutsche Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik durch den Jahreswirtschaftsbericht 1985/86 der Kommission der Europäischen Gemeinschaften voll bestätigt. Der Bericht, der unter der Federführung des EG-Kommissars für Wirtschaft und Beschäftigung, Alois Pfeiffer, erarbeitet wurde, prognostiziert für die Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1985 und 1986 eine Beschäftigtenzunahme um über 400 000.

Nach der kürzlich vorgelegten Herbstdiagnose der fünf führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute ist die Prognose der EG-Kommission erneut eine Bestätigung der Beschäftigungserwartungen der Bundesregierung.

Der wirtschaftliche Aufschwung schlägt auf den Arbeitsmarkt durch. Trotz des nach wie vor starken Zustroms von Berufsanfängern und bislang Nichterwerbstätigen auf den Arbeitsmarkt geht die Kommission wie die Bundesregierung davon aus, daß 1986 erstmals seit 1979 die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland zurückgehen wird.

Deutsche Wirtschaftsentwicklung an der Spitze

Die EG-Kommission sieht die Bundesrepublik Deutschland 1986 an der Spitze der Wirtschaftsentwicklung aller europäischen Länder. Dem Urteil der EG-Kommission ist nichts hinzuzufügen:

In Deutschland zeichnet sich also eine positive Kettenreaktion zwischen Stabilität, mehr Wachstum und Beschäftigung sowie mehr fiskalischem und außenwirtschaftlichem Handlungsspielraum ab.

1986 wieder steigende Realeinkommen

Der wirtschafts- und beschäftigungspolitische Erfolg ermöglicht 1986 auch wieder steigende Realeinkommen:

Dank der ersten Stufe der Steuerreform und der weiteren Erfolge bei der Inflationsbekämpfung verbleibt auch bei einer gemäßigten Lohnrunde noch eine spürbare Besserung der realen Nettoeinkommen.

Preisstabilisierung, Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und gemäßigte Lohnpolitik zahlen sich in zweifacher Hinsicht aus: Mehr Beschäftigung und steigende Realeinkommen.

Noch mehr Beschäftigung durch flexiblere Arbeitszeiten

Die EG-Kommission sieht wie die Bundesregierung durch eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeiten erhebliche zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten. Bei der Zielrichtung der Flexibilisierungsstrategie besteht zwischen EG-Kommission und Bundesregierung volle Übereinstimmung:

Ziel der Flexibilisierungsbemühungen ist nicht der Abbau der sozialen Errungenschaften, sondern die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen.

Eine aktuelle repräsentative Umfrage, die im Auftrag der EG-Kommission durchgeführt wurde, zeigt, daß bei den Arbeitnehmern eine hohe Bereitschaft für neue und flexible Arbeitszeitsysteme besteht.

So würde z. B. jeder dritte Arbeitnehmer zu unregelmäßigen und ungünstigeren Zeiten arbeiten, wenn die Arbeitszeit dafür um 5% gekürzt würde, und jeder sechste Vollzeitbeschäftigte würde es vorziehen, bei unverändertem Stundenlohn

nur rund 30 Stunden pro Woche zu arbeiten.

Der Bundesarbeitsminister unterstützt nachdrücklich den Appell der EG-Kommission zur breiten Nutzung des Beschäftigungsförderungsgesetzes:

Die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen für Zeitverträge und Teilzeitarbeit sollten von den Tarifparteien genutzt werden, um das in den Belegschaften offensichtlich vorhandene erhebliche Flexibilisierungspotential in sozial verträglicher Form besser auszuschöpfen.

Deutsche Beschäftigungspolitik vorbildlich

Die von der EG-Kommission vorgeschlagene kooperative Wachstumsstrategie soll solche positiven Kettenreaktionen wie derzeit in Deutschland in den übrigen Mitgliedstaaten auslösen. **Eine eindrucksvollere Bestätigung für die Richtigkeit der beschäftigungspolitischen Konzeption der Bundesregierung kann es nicht geben.** ■

Neues Hochschulrecht

Die Leistungsfähigkeit der Hochschulen kann durch eine Änderung des Hochschulrahmenrechts verbessert werden. Der Bundesrat hat mit den Stimmen der unionsgeführten Länder mehrheitlich einem entsprechenden Gesetz zugestimmt.

Die Leistungsfähigkeit der Hochschulen soll vor allem durch eine stärkere Differenzierung des gesamten Hochschulsystems und einen Wettbewerb der verschiedenen Hochschularten gesteigert werden. Die Freiheit und Verantwortlichkeit der Hochschulen in der Gestaltung des Studienangebots wird erweitert. Die Rahmenbedingungen für die Forschung an Hochschulen werden verbessert; vor allem wird die Durchführung von Forschungsvorhaben, die mit Mitteln Dritter finanziert werden, erleichtert. Ferner werden durch das neue Gesetz die Chancen des wissenschaftlichen Nachwuchses durch eine Änderung der Personalstruktur verbessert und das Prinzip der Vertretung der verschiedenen Gruppen an der Hochschule durch eine stärkere Betonung des Prinzips der Fachvertretung und des Prinzips der persönlichen Mitwirkung ergäntzt.

Zu den Änderungen des Hochschulrechts im einzelnen gehört beispielsweise:

- Besondere Studienangebote, zum Beispiel für besonders befähigte Studenten, werden rahmenrechtlich abgesichert.
- Die Studienreformerarbeit wird neugestaltet und entbürokratisiert.
- Das bisherige Amt des Hochschulassistenten wird abgeschafft und statt dessen ein aufeinander abgestimmtes Angebot von Ämtern für den wissenschaftlichen Nachwuchs angeboten.

Norbert Blüm: So packen wir's

Das gab es zuletzt vor 28 Jahren: In einem Oktober weniger Arbeitslose als im September! Und: Die Beschäftigung zieht an. Vor allem für Frauen gibt es mehr Arbeitsplätze. Die Arbeitslosigkeit ist also zu packen.

Doch wir stehen erst am Anfang. Um eine erhebliche Besserung zu erreichen, ist dreierlei zu tun:

1. Jetzt in neue Arbeitsplätze investieren, also: moderne Maschinen kaufen, statt auf noch bessere Zeiten warten.
2. Einstellen, statt weiter Überstunden zu fahren.
3. Die Chancen der Teilzeitarbeit nutzen für Männer und Frauen
(aus „Bild“, 6. November 1985)

Die Jugend hat wieder Zukunft

Die Jugend will nicht aussteigen, sondern unternimmt alle Anstrengungen einzusteigen. Mit dieser Feststellung vor dem Deutschen Bundestag umriß die Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Irmgard Karwatzki, MdB, die Stimmungslage innerhalb der jungen Generation. Am 24. Oktober 1985 hat der Deutsche Bundestag die Stellungnahme der Bundesregierung zum Enquete-Bericht Jugendprotest im demokratischen Staat beraten. Im folgenden werden einige Redeauszüge aus der Debatte wiedergegeben.

Frau Karwatzki führte weiterhin u.a. aus: Es ist das große Verdienst des Enquete-Berichtes, daß er gegen Pauschalurteile über die junge Generation vorgegangen ist. Statt dessen hat er eine differenzierte und den verschiedenen Lebenslagen Jugendlicher angemessene Analyse gesetzt. Aber noch immer kann man in der Öffentlichkeit das Schlagwort von der Null-Bock-Generation hören. Gegen die Abwertung unserer jungen Generation wende ich mich mit Entschiedenheit. Diese Jugend ist keine verzogene und verhätschelte und der Lust am Konsum hingeebene Generation. Konsumfetischismus ist eher der Vorwurf, den Jugendliche an viele Erwachsene richten. Natürlich will auch die heutige Jugend keine Not leiden und wünscht sich materielle und soziale Sicherheit. Wir stellen aber einen zunehmend bewußten und überlegten Umgang mit dem Geld fest. Doch läßt man sich mit Geld das Bedürfnis nach menschlicher Gemeinschaft, nach Geborgenheit und nach Sinnerfüllung nicht abkaufen. Ich sehe in diesen Befunden nichts von Null-Bock, sondern den Willen zur Mitarbeit und Integration. Dabei ist es für

Jugendliche heute nicht immer leicht, ihren Weg in einer komplexen, dynamischen Industriegesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland zu finden. Die Enquete-Kommission hat daher die gesamtgesellschaftlichen Ursachen von Unbehagen, Unruhe und Protest hervorgehoben. Als tieferliegende Ursachen bezeichnet der Enquete-Bericht den neuen Mangel, den Mangel an Zuwendung und persönlicher Geborgenheit, den Mangel an sozialem und gefühlsmäßigem Angekommensein, die Belastung durch Lebensangst und Unsicherheit vor dem Hintergrund von Undurchschaubarkeit und Unpersönlichkeit der modernen Industriegesellschaft. **Politik für die Jugend** ist deshalb mehr als Jugendpolitik. Wir brauchen ein Konzept von Gesellschaftspolitik, das dazu beiträgt, Jugendlichen das Gefühl zu geben, angenommen zu werden, zu Hause sein zu können, Vertrauen erfahren zu können, Wurzeln schlagen zu können. Wir wollen mit unserer Gesellschafts- und Jugendpolitik dazu beitragen, jungen Menschen jenes Maß an Vertrautheit mit unseren Lebensverhältnissen und an Orientierung in unserer pluralen Kultur zu vermitteln, daß sie auf ihrem Weg in unsere Gesellschaft brauchen. Wir brauchen eine Politik, die nicht auf Ausgrenzung, sondern auf soziale Eingliederung angelegt ist; **eine Politik, die nicht nur auf Emanzipation zielt, sondern Jugendliche auch zu verantwortlicher Bindung hinführt.** Wir müssen mit den Institutionen, in denen Jugendliche aufwachsen, behutsam umgehen. Wir wollen sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen. Dazu gehört die Familie, dazu gehören die Kirchen, dazu gehören auch die Schulen und Universitäten, dazu gehören die außerschulischen Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendbildung.

Mit finanzieller Förderung allein ist es nicht getan

Der Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, **Wolfgang Götzer, MdB**, fand es bezeichnend, daß der Auftrag, Wege aus der Krise aufzuzeigen, an die Regierung Kohl gegangen ist, während die Einsetzung der Enquete-Kommission, die sich vor Jahren mit dem Jugendprotest zu befassen hatte, unter der früheren SPD-Regierung notwendig geworden war. Götzer: **Am Ende der Ära Schmidt waren auch die Zukunftsaussichten der jungen Generation am Ende.** Götzer stellte weiterhin fest, daß die Vielzahl jugend- und familienpolitischer Fördermaßnahmen, die die Regierung Helmut Kohl auf den Weg gebracht hat, eindrucksvoll sei, machte aber zugleich deutlich, daß es mit legislativen Maßnahmen und finanzieller Förderung allein nicht getan ist: Das oft so beklagte Sinn-Defizit läßt sich nicht mit vollen Tassen ausgleichen und der möglicherweise vor sich gegangene Wertewandel nicht lediglich durch einen Regierungswechsel rückgängig machen. Was wir brauchen, ist ein Geistwandel!

Und für diesen gibt es auch bereits unübersehbare Anzeichen:

- Von Aussteigertum und Verweigerungsmentalität ist kaum noch etwas zu spüren. Leistungsbereitschaft und Engagement für die Gemeinschaft und unsere Umwelt nehmen wieder zu.
- Immer weniger Jugendliche sind heute bereit, sich von Minderheiten und Randgruppen dominieren und Außenseiter das öffentliche Bild von der Jugend bestimmen zu lassen.
- Die Zahl der jungen Männer, die bereit sind, in der Bundeswehr zu dienen und damit einen Beitrag zu unser aller Sicherheit zu leisten, steigt.
- Die Mehrheit derjenigen Leute wird immer größer, die erkennen, daß Krawal-

le, Haß und Gewalt die Probleme unserer Tage nicht lösen helfen, daß nur Bereitschaft zur Toleranz, zum Kompromiß und ein Grundkonsens in den elementaren Fragen unseres Zusammenlebens eine tragfähige Grundlage für eine Ordnung der Zukunft geben.

Christoph Böhr: Jugendliche haben wieder Chancen

Die Entwicklungen der letzten Monate zeigen deutlich, daß die Sorgen, mit denen gerade junge Menschen bisher in die Zukunft geblickt haben, mehr und mehr abnehmen. Seit langer Zeit haben Jugendliche wieder Chancen. Die Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß junge Menschen jetzt wieder und zunehmend einen langfristig sicheren Arbeitsplatz erhalten können, stellt Christoph Böhr, Vorsitzender der JU, fest.

Auch in diesem Jahr wird es, jetzt zum dritten Mal, einen Lehrstellenrekord gegeben. Bisher sind schon 710 000 abgeschlossene Ausbildungsverträge gemeldet. Diese großartige Leistung wäre nicht möglich gewesen, wenn die Bundesregierung nicht die notwendigen flankierenden Maßnahmen getroffen hätte.

Keine Bundesmittel für Gesamtschulversuche

Der Bund wird sich nicht an neuen Modellversuchen beteiligen, die der Gründung weiterer Gesamtschulen, wenn auch unter neuem Etikett, dienen sollen. Das sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, Pfeifer, zu der Ankündigung des saarländischen Kultusministers Breitenbach, der neue Schulversuche nach dem Vorbild der englischen Community Schools einrichten will.

Gerhard Braun

Seniorenbeauftragter der CDU

Der 62jährige CDU-Bundestagsabgeordnete Gerhard Braun ist vom Bundesvorstand auf Vorschlag von Helmut Kohl zum Seniorenbeauftragten der Christlich Demokratischen Union berufen worden. Der Parteitag in Essen hatte beschlossen, die älteren Menschen näher an die CDU heranzuführen, die große Erfahrung gerade der Älteren soll für die aktive Parteiarbeit stärker genutzt werden.

Gerhard Braun gehört zu den Männern der ersten Stunde der CDU. Schon ab 1947 war er acht Jahre hauptamtlich für die Partei als Landesgeschäftsführer der Jungen Union Rheinland tätig. 1957 übernahm er zunächst die Funktion des stellvertretenden und von 1961 bis 1966 die des Landesgeschäftsführers der CDU Rheinland. Anschließend wechselte er als Geschäftsführer in die Union Betriebs GmbH.

In seiner Geburtsstadt Wermelskirchen (Rheinland) arbeitet Gerhard Braun, der auch Mitglied des Bundesvorstandes der Kommunalpolitischen Vereinigung ist, seit 1961 als Stadtverordneter.

Am 19. November 1972 wurde er in den Deutschen Bundestag gewählt. Nicht nur in der eigenen Fraktion schätzt man seine ebenso sachliche wie fachkundige Mitarbeit. Nach dem Regierungswechsel am 1. Oktober 1982 übernahm er den Vorsitz der mitgliederstärksten Arbeitsgruppe Kommunalpolitik.

Auf einer Pressekonferenz in Bonn erklärte Gerhard Braun zur Situation der älteren Mitbürger im Hinblick auf seine Aufgaben u.a.:



Die Altersstruktur hat sich grundlegend gewandelt. Rund 30 Prozent der Wahlberechtigten sind heute 60 Jahre und älter. Das durchschnittliche Renteneintrittsalter beträgt 58 Jahre. Es besteht die Gefahr, daß mit dem Abschied vom aktiven Erwerbsleben auch ein Rückzug aus aktiver Mitarbeit im politisch-gesellschaftlichen Bereich erfolgt. Die CDU-Mitglieder sollen sich auch nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben weiterhin an der politischen Entscheidungsfindung und Meinungsbildung beteiligen. Städteplanung, Wohnungsprobleme, Verkehrsfragen, Bildungsangebot für ältere Mitbürger, ein ausreichendes Freizeitangebot usw. sind mögliche Beispiele.

Aufgabe des Seniorenbeauftragten ist es, Konzepte und organisatorische Strukturen zu erarbeiten, damit die Christlich Demokratische Union die Zusammenarbeit mit der älteren Generation weiter verbessern kann und damit die älteren Parteimitglieder noch intensiver in die Gliederungen der Partei miteinbezogen werden können.

Die Bundeswehr sichert unseren Frieden

Seit ihrer Gründung 1955 sichert die Bundeswehr gemeinsam mit den westlichen Verbündeten unseren Frieden in Freiheit. Für uns ist darum der Dienst in der Bundeswehr Dienst am Frieden.

Vor 30 Jahren übernahm die Bundesrepublik Deutschland mit der Aufstellung der Bundeswehr die Verpflichtung als gleichberechtigter Partner im Verteidigungsbündnis der freien Völker des Westens.

Fortsetzung Seite 2



SPD-Außenpolitik auf gefährlichem Kurs

Für den außenpolitischen Kurs von Helmut Schmidt gibt es in der SPD schon lange keine Mehrheit mehr. Im Gegenteil: der Kurswechsel wird immer deutlicher. Negative Auflagen und offene Aktionen gegen die Vereinigten Staaten von Amerika nehmen ständig zu. Anti-amerikanische Tendenz und die Verharmlosung der Belagerung durch die Sowjetunion haben seine Teile der SPD erfüllt und finden zueinander

de Unterstützung durch die Parteiüberführung.

Auch in der Außen- und Sicherheitspolitik haben die linken Kräfte in der SPD um Laatz, Bahr und Eppler längst das Rad übernommen. Der neue Kurs ist klar: Weg vom westlichen Bündnis, hin zur „Sicherheitspartnerschaft“ mit der Sowjetunion, Aufbau eines neutralistischen Europas zwischen den Blöcken.

Fortsetzung Seite 2

Warum ich bei der Bundeswehr war

Mehr als 5,5 Millionen junge Männer haben seit 1955 in der Bundeswehr gedient.

Sven-Ove Wähling aus Döhrnsen in Schleswig-Holstein, Jahrgang 1946, ist einer von ihnen. Für ihn war der Dienst bei der Bundeswehr eine Selbstverständlichkeit. Er sagt dazu selbst: „Natürlich war ich nicht sehr begeistert, dachte nach der Schule zum Bund zu müssen.“

Fortsetzung Seite 2



Sven-Ove Wähling

30 Jahre Bundeswehr

30 Jahre Sicherheit in Frieden und Freiheit

CDU extra

Fast siebentausend Azubis lernen in der Bundeswehr

In der Bundeswehr wird jeder Azubi für sein nicht über dreißig Jahre, Frieden gegeben. Und ohne die Bundeswehr gibt es auch in der Zukunft keinen Frieden. Wer für Frieden

Helmut Kohl: Danke, Soldaten!



Bundeskanzler Helmut Kohl

Ohne die Bundeswehr hätte es für uns nicht über dreißig Jahre, Frieden gegeben. Und ohne die Bundeswehr gibt es auch in der Zukunft keinen Frieden. Wer für Frieden

lungen. Sie verbürgt sich einer Generation die Sicherheit des Westens vor der sowjetischen Bedrohung. Leistung und Qualität der Bundeswehr haben entscheidend dazu

geführt, daß Soldaten der Bundeswehr immer wieder weltweit im Einsatz wie im Ausland Hilfe in Natur- und Katastrophenfällen geleistet haben.

Neues „CDU extra“

Aus Anlaß des 30jährigen Bestehens der Bundeswehr hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle ein neues Zeitungsflugblatt als Massenverteilungsmittel produziert. Unter der Überschrift „Danke, Soldaten“ würdigt Bundeskanzler Helmut Kohl den Einsatz von Soldaten und zivilen Mitarbeitern der Bundeswehr für den Frieden. Das Zeitungsflugblatt erläutert u. a. die Notwendigkeit der Wehrdienstverlängerung, die aktive Friedenspolitik der CDU und setzt sich offensiv mit dem außenpolitischen Kurswechsel der SPD und dem „Bülow-Papier“ auseinander.

Über die Kreisverbände wurde bereits eine Bedarfsermittlung durchgeführt und der Bundesgeschäftsstelle mitgeteilt. Wenden Sie sich daher bitte zunächst an Ihren Kreisverband, um festzustellen, ob dieser das Zeitungsflugblatt bereits bestellt hat. Sollte dies nicht der Fall sein, können Sie das Massenverteilungsmittel direkt beim IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Vermold, bestellen.

Best.-Nr.: 2712
 Mindestabnahme: 250 Expl.
 Preis pro Mindestabnahme: 8,50 DM

In diesem Zusammenhang sei nochmals auf die Aktionen hingewiesen „Was CDU-Verbände tun können“, die in Uid 32/85 veröffentlicht worden sind.

Die neueste Video-Produktion
der CDU-Bundesgeschäftsstelle:

Ein Videofilm über die Geschichte der CDU

Der rund 18minütige Film zeigt unter Verwendung vieler historischer Filmdokumente die Leistungen der CDU für unser Land. Im Vordergrund steht nicht die chronologische Aufzählung historischer Ereignisse, sondern die Darstellung politischer Grundentscheidungen, die damals wie heute die Politik der CDU bestimmen:

- Damals wie heute die Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft, als Grundlage für den Wiederaufschwung nach dem Kriege und als Basis unserer aktuellen erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialpolitik.
 - Damals wie heute die Entscheidung für die Gemeinschaft des freien Westens, als Grundlage für 40 Jahre Frieden in Freiheit.
 - Die Kontinuität der CDU-Politik auch in den Persönlichkeiten. Von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl.
- Der Film eignet sich damit hervorragend für alle Altersgruppen, als Element — sei



Videofilm über die Geschichte der CDU

es Einleitung, Mittelpunkt oder Abschluß — einer Veranstaltung, zur Information und Mobilisierung. Er ist vor allem unverzichtbarer Bestandteil aller Aktivitäten im Rahmen der Aktion „40 Jahre CDU“.

Dieser Videofilm ist über das
IS-Versandzentrum, Postfach 13 28,
4804 Vermold, zu beziehen.

System VHS	Best.-Nr.: 4691
System Betamax	Best.-Nr.: 4692
System Video 2000	Best.-Nr.: 4693
Preis pro Kassette 25,— DM + MwSt.	

Tips zum Weitersagen: Nutz die weißen Seiten

Weiß Seiten sind oft die Kehrseite der Medaille, wenn CDU-Verbände Einladungen, Mitteilungen und Rundschreiben verschicken. Auf der Vorderseite stehen z. B. Zeitpunkt, Ort und Datum einer Veranstaltung, die Rückseite ist oft leer und damit ungenutzter Raum für eine Fülle von Informationen.

Dabei könnten wir auf diesem Wege einen großen Bevölkerungskreis über die Erfolge der Regierung Helmut Kohl informieren.

Darum:

Nutzen Sie deshalb bitte die Rückseite von Einladungen und Rundbriefen zum Abdruck wichtiger politischer Nachrichten! Material gibt es genug: Flugblätter Zur Sache, UID-Seiten, Argu-Karten, kurze Artikel aus dem Deutschen Monatsblatt usw.

- Keine Angst vor den Fakten!
- Die Tatsachen sprechen für uns.

Wir müssen jede Möglichkeit nutzen,
sie weiterzugeben.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

Mehr Arbeitsplätze **Stabile Preise** **Sinkende Zinsen** **Kräftiges Wirtschaftswachstum**

NA ALSO!

Noch nie haben so viele Bürger (71%) die Wirtschaftssituation als gut bezeichnet. Und auch die Wirtschaftsinstitute sind sich einig: Der Wirtschaftsaufschwung wird sich noch weiter verstärken. Für diesen Optimismus haben wir allen Grund. Die Politik der Regierung Helmut Kohl trägt weiter Früchte: Die Wirtschaft wächst, die Preise sind stabil, die Zinsen sind niedrig. Dies bedeutet vor allem zunehmende Neueinstellungen und rund 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Dazu kommt ein drastischer Rückgang der Kurzarbeit.

Die solide Politik der Regierung Helmut Kohl ist ein erfolgreicher Weg zum Nutzen aller Bürger.

CDU
sicher
sozial
und frei

Zeiss Ikon AG stellt ein:
Mikroskop
Erweiterer
Mischensarbeitsgerät

SIEMENS
WMW stellt ein:
Elektronen
Maschinenschlösse
Formmaschinen
Werkzeugprüfer
Werkzeughäutchen

CF ROSER
WIR STELLEN EIN
GERBERLEHRLINGE
MASCHINENFÜHRER

MIRBLE
Mischschleifer
Drehler
Fräser
Mischverschleier
Erweiterungen
Elektronik
Werkzeugträger
Peripherie

Wählen Sie
fragen unter
225/883-0
Lieferer
Datensystem

UID

35/85

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:
Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn.
Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # Verlag:
Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300
Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon
(02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjeh.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr.
2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis
jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-
Druck, Düsseldorf.